

Anlage 2

Eignung Catering ITB 2027/2028

1. Allgemeine Hinweise zur Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung erfolgt gemäß § 122 GWB i.V.m. § 31 UVgO.

Überprüft werden:

- Fachkunde
- Leistungsfähigkeit
- Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB

Die Eignungskriterien sind Mindestanforderungen. Eine darüberhinausgehende Qualifikation führt nicht zu einer besseren Bewertung im Rahmen der Eignungsprüfung.

Soweit deutsche Rechtsnormen oder Formulare benannt sind, gelten gleichwertige Nachweise aus anderen EU-Mitgliedstaaten entsprechend.

Geforderte Eignungsnachweise und Angaben, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise vorliegen, sind im Rahmen ihres Erklärungsumfangs zulässig.

Mit Angebotsabgabe gelten sämtliche elektronisch eingereichten Eigenerklärungen als unterzeichnet. Es gelten die Registrierungsbedingungen der Vergabeplattform.

2. Ausschlussgründe (§§123, 124 GWB)

Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen sind folgende Erklärungen abzugeben:

- Eigenerklärung zu § 123 GWB (Formblatt 4)
- Eigenerklärung AentG (Formblatt 5)

Der Auftraggeber behält sich vor, geeignete Nachweise zur Überprüfung der Eigenerklärungen anzufordern.

Wissentlich falsche Angaben können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie im Falle der Zuschlagserteilung zur fristlosen Kündigung des Vertrages führen.

Formblatt 1: Übersicht Eignungsnachweise

Lfd.	Unterlagen	Bemerkungen
Lage des Wirtschaftsunternehmens		
1	Nachweis über eine Gewerbeanmeldung, Eintrag Handelsregister	Formblatt L124
2	Eigenerklärungen zur beigefügten Verpflichtungserklärung (Anlage 6)	Formblatt 2
3	Eigenerklärung Betriebs-/Berufshaftpflicht	Formblatt 3
4	Nachweis zum Status bevorzugte Bewerber sofern das Bieterunternehmen diesen Status in Anspruch nimmt. Nach den Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind bevorzugte Bewerber Spätaussiedler, Vertriebene, Sowjetzonen-Flüchtlinge, Verfolgte, Evakuierte sowie Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten (Bevorzugten-Richtlinien - öABevR).	Eigene Anlage
5	Eigenerklärung zu § 123 GWB	Formblatt 4
6	Eigenerklärung AentG	Formblatt 5
7	Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	Formblatt 6
8	Nachweis Berufsgenossenschaft	Formblatt L124
Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit		
9	Bescheinigung in Steuersachen (Finanzamt)	Formblatt L124
10	Eigenerklärung zu den Sozialversicherungen (meist versicherte MA)	Formblatt L124
Fachliche Leistungsfähigkeit		
11	Referenzprojekte: Darstellung von mindestens einem vergleichbaren Projekt (Catering auf Messen) vorzugsweise im touristischen Bereich der letzten drei Jahre, 2023-2025. Die detaillierten inhaltlichen Anforderungen an die Referenzen ergeben sich aus Anlage 2a.	Anlage 2a
12	Eigenerklärung Dem AG steht ein Ansprechpartner zur Verfügung, inkl. der Modalitäten bei einem möglichen Wechsel in der Vertragszeit, Urlaubs- und Krankheitsfällen.	Formblatt 7

Formblatt 2: Verpflichtungserklärung

Das Bieterunternehmen erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können.

Das Bieterunternehmen ist sich bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen den Ausschluss von dieser und weiteren Ausschreibungen zur Folge haben können.

Das Dokument Anlage 6 wird bei Beauftragung unverändert unterzeichnet.

Hinweis: Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung in diesem Fall nicht.

Es gelten die Registrierungsbedingungen der Vergabeplattform www.dtv.de.

Formblatt 3: Betriebs-/Berufshaftpflicht

1. Ich/Wir verfügen über eine Betriebs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen je Schadensfall:

- Personenschäden: mindestens 3 Mio. EUR
- Sachschäden: mindestens 1 Mio. EUR

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/wir auf Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten Frist einen Nachweis der Versicherung oder eine Bestätigung des Versicherers über den Abschluss einer Versicherung mit den geforderten Deckungssummen vorlegen.

Hinweis: Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung in diesem Fall nicht.

Es gelten die Registrierungsbedingungen der Vergabeplattform www.dtv.de.

Formblatt 4: Eigenerklärung zu § 123 GWB

Zu § 123 GWB erkläre/n ich/wir:

Weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist (§ 123 Abs. 3 GWB), bin/sind in den letzten fünf Jahren rechtskräftig verurteilt worden; zudem wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes gegen Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt, wegen einer Straftat nach:

- § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen),
§ 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a des StGB (Förderung des Menschenhandels).

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in den vorstehenden Erklärungen

- meinen/unseren Ausschluss von der Auftragserteilung gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB
- im Falle der Auftragserteilung eine fristlose Kündigung des Vertrages zur Folge haben können.

Der AG behält sich vor, Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen und einzuholen. Bei Widersprüchen zwischen den Anforderungen in der Eigenerklärung und der Bekanntmachung gelten vorrangig die Festlegungen in der Bekanntmachung.

Hinweis: Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung in diesem Fall nicht.

Es gelten die Registrierungsbedingungen der Vergabeplattform www.dtv.de.

Formblatt 5: Eigenerklärung AentG

Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht wegen Verstoßes nach § 23 AentG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500,-- € belegt worden bin/sind.

Ich/Wir erkläre/n zudem, dass eine noch nicht geahndete schwerwiegende Verfehlung im Sinne des § 21 Abs. 1 S. 1 AentG nicht begangen wurde.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung eine fristlose Kündigung des Vertrages zur Folge haben können.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben können.

Hinweis: Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung in diesem Fall nicht.

Es gelten die Registrierungsbedingungen der Vergabeplattform www.dtv.de.

Formblatt 6: Verpflichtungserklärung Mindestentgelt

Ich erkläre / Wir erklären,

- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt gemäß dem Mindestlohngesetz inkl. möglicher Anpassung während der Vertragslaufzeit bezahlt wird;
- dass ich mir / wir uns von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem Auftraggeber vorlegen;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen diese Verpflichtungen ebenfalls erfüllen.

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines / unseres Unternehmens und die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.
-

Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet gem. der Bedingungen der Plattform www.dtv.de. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht.

Formblatt 7:

Lfd 12

Ich/Wir erkläre/n, dass dem AG ein Ansprechpartner zur Verfügung steht, inkl. der Modalitäten bei einem möglichen Wechsel in der Vertragszeit, Urlaubs- und Krankheitsfällen.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung eine fristlose Kündigung des Vertrages zur Folge haben können.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben können.

Weil diese Erklärung Bestandteil des elektronisch abgegebenen Angebotes ist, gilt die Erklärung als unterzeichnet gem. der Bedingungen der Plattform DTVP. Einer gesonderten Unterschrift bedarf die Erklärung nicht.